Karl Hauser: von der SPD zur SED/KPD - und zurück (1945-1948)

Ulla Plener

Karl Hauser wurde am 22. Februar 1891 in Berghausen/Baden geboren. Er war von Beruf Ingenieur, seit 1910 gewerkschaftlich organisiert, seit 1918 Mitglied der SPD. Von 1945 bis zu seinem Tod 1971 wohnte er in Kronberg/Taunus. Sein politisches Agieren in den ersten drei Jahren nach der Befreiung vom Faschismus steht für das Engagement unzähliger Sozialdemokraten, die sich damals als überzeugte Sozialisten für das Ende des - wie es damals hieß - Bruderkampfes zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten und für eine einheitliche Arbeiterpartei in den Westzonen einsetzten. Deshalb stellten sie sich gegen die Spaltungspolitik Kurt Schumachers. Die Einheitspartei sollte zugleich das Unterpfand für die Einheit Deutschlands sein. Die Forderungen ihrer Genossen in der SBZ und der Kommunisten in Ost und West nach einer sozialistischen Einheitspartei nahmen sie ernst und setzten als Freunde der Einheit, wie sie damals genannt wurden, ihre Kraft dafür ein. Jedoch wurden ihre Hoffnungen auf einen neuen Anfang der politischen Arbeiterbewegung sehr bald enttäuscht. Ausschlaggebend wurde für viele die von der kommunistisch dominierten Führung der SED seit Mitte 1948 forciert betriebene Umwandlung der SED im Osten und der KPD im Westen in „Parteien neuen Typs", in Parteien Stalinschen Typs. Zu den zutiefst Enttäuschten gehörte auch Karl Hauser. Sein Einsatz für eine gesamtdeutsche, dann - kurzzeitig - westdeutsche sozialistische Einheitspartei hat sich, ebenso wie sein Rückzug von diesem Engagement, in Dokumenten der SED und der KPD aus den Jahren 1946-1948 niedergeschlagen. Das soll hier anhand der vorliegenden archivalischen Zeugnisse nachgezeichnet werden. Wie in einem Brennglas konzentriert sich da ein Stück Weges einer breiten Bewegung in den Gedanken und Handlungen eines einzelnen: von der Hoffnung zur Enttäuschung und zu schließlichem Rückzug aus dieser Bewegung.

Als einer von 130 Sozialdemokraten aus dem Westen Deutschlands nahm Karl Hauser am 40. Parteitag der SPD am 19./20. April 1946 in Berlin teil, der die Vereinigung der SPD mit der KPD zur SED beschloß. Er begrüßte hier die Delegierten im Namen der hessischen sozialdemokratischen Einheitsfreunde und verlas in deren Auftrag eine Erklärung, die sich für die vom Berliner Zentralausschuß der SPD vertretene Einheitsposition und gegen die Einheitsgegner im Westen aussprach. Letztere ließen „auf sogenannten Zonenkonferenzen, die bisher durchweg einseitig und keineswegs demokratisch zusammengesetzt waren (hört, hört!), ... Beschlüsse fassen, die den Unwillen der breiten Mitgliedschaft erregen". Dagegen stünde die Mehrheit der westlichen Sozialdemokraten „freudigen Herzens auf dem

Boden der sozialistischen Einheit. Aus den Betrieben und Verwaltungen werden laufend Stimmen und Forderungen nach Unterbindung des bereits beginnenden Bruderkampfes laut. Dem Wegbereiter der Einigung, dem Zentralausschuß, wird größtes Vertrauen entgegengebracht."[1] Auf dem Vereinigungsparteitag von SPD und KPD zur SED in der Sowjetischen Besatzungszone (21./22. April 1946) wurde Karl Hauser als einer von zehn Sozialdemokraten aus dem Westen in den Parteivorstand der SED gewählt. Daraufhin wurde er aus der SPD ausgeschlossen.

Das Foto (Ausschnitt) stellte Richard Klein, Kronberg, aus seinem Privatarchiv zur Verfügung. Dafür herzlichen Dank.

Nach dem Vereinigungsparteitag setzte sich Hauser in Hessen aktiv für die Gründung der SED in den Westzonen ein. Auch im Parteivorstand der SED gab er alles andere als einen Statisten ab. Er mischte sich oft in die Debatten ein,

1 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Am 19. und 20. April 1946 in Berlin, Berlin 1946, S.28-30. Zum Auf und Ab und den taktischen Wendungen der SED-Führung in ihrem Umgang mit der SPD der Westzonen siehe Ulla Plener: Die SED-Führung 1946-1953: Vom Einheitsapostel zum kalten Krieger in der Arbeiterbewegung. Chronik und Dokumente ihres Umgangs mit der SPD nach Tagungsprotokollen der SED-Spitzengremien (erscheint im Herbst 2004 im Ingo-Koch-Verlag, Rostock, ISBN 3-935319-57-6).

widersprach, wenn er anderer Meinung war. So artikulierte er auf der 2. Tagung des Parteivorstands (PV) der SED im Mai 1946 seine „grundsätzlich andere Meinung" über den Weg zur Gründung der SED in den Westzonen. Sie sollte nicht, wie im Zentralsekretariat (ZS) des PV der SED gedacht, von der KPD, die sich an die jeweiligen örtlichen SPD-Organisationen wenden sollte, ausgehen, sondern von einheitswilligen, aus der SPD inzwischen wegen ihres Einheitsengagements ausgeschlossenen Sozialdemokraten. Sie sollten sozialdemokratische SED-Gruppen bilden als eine legale - „die illegalen Geschichten lehnen wir ab"! - organisatorische Grundlage für sozialdemokratische Einheitsfreunde.[2] Seine Meinung bekräftigte er auf der 3. PV-Tagung (18.-20. Juni 1946), lehnte wiederum strikt alle „illegalen Geschichten" im Ringen um die Einheit ab, auch „illegalen Grenzübertritt zur Teilnahme an PV-Sitzungen", und unterstützte durch Zwischenruf das Mitglied des Berliner SED-Bezirksvorstands Erich Lübbe bei dessen Kritik an der sowjetischen Besatzungspraxis.[3] Jedoch blieb seine Stimme - wie die anderer einheitswilliger Sozialdemokraten aus den Westzonen, die Mitglieder des PV der SED waren und von Erfahrungen mit der SPD im Westen ausgingen, im PV der SED ungehört. In der Überzeugung, „die Arbeiterschaft" und mit ihr „die sozialdemokratischen Arbeitermassen" würden gegen Schumacher und die westlichen Besatzungsmächte zu gewinnen sein, nahm der PV eine entsprechende Resolution an - bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen.[4] Eine dieser drei Stimmen war mit Sicherheit die von Karl Hauser. Bei seiner Position blieb er auch auf der 5. Tagung des PV der SED (18./19. September 1946) und ergänzte noch: Auch auf parlamentarischer Basis werde eine Einigung mit der SPD nicht möglich sein, weil deren Devise „Der Feind steht links!" sei. Generell meinte er: Die Schmerzen der Genossen im Westen seien wesentlich andere als die der Genossen im Osten.[5] Die „Intelligenz der Schumacher-Leute" und die Macht Schumachers, der „seine Leute an der Kandare" habe, sollten nicht unterschätzt werden.

Unter den sozialdemokratischen Einheitsfreunden, von denen es in Hessen offensichtlich nicht wenige gab, wirkte Karl Hauser in diesem Sinne - und blieb zugleich kritisch gegenüber den Vorgängen im PV der SED.

Einer Mitteilung an die KPD in Hessen, „gez. Emil Schmidt", vom 21. Oktober 1946 zufolge hatte Hauser am 11. Oktober vor einer Gruppe einheitswilliger Sozialdemokraten „über die letzte Vorstandssitzung der SED in Berlin" berichtet. Hauser habe dort beantragt, „die SED hier ins Leben zu rufen", und habe eine „ebenfalls von dieser Gruppe beschlossene Resolution vorgelegt", die aber im PV der SED „nach heftiger Diskussion", in der allein Walter Fisch für den Westen und Wilhelm Pieck für den „Zentralausschuß" - also nur Kommunisten - gesprochen

2 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/002, Bl. 35-41, 58f., 63f.

3 Siehe ebenda, IV 2/1/004, Bl. 130.

4 Siehe ebenda, Bl. 314-325 (Abstimmung Bl. 325). Wortlaut der Entschließung in Plener, Die SED-Führung, Dokument 3.

5 Siehe SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/008, Bl. 188-199.

hätten, abgelehnt wurde. Im Protokoll der PV-Sitzung vom 25. September 1946 findet sich diese Auseinandersetzung nicht. Möglicherweise meinte Hauser (bzw. E. Schmidt) die 2. oder 3. PV-Tagung. In der Mitteilung vom 21. Oktober heißt es weiter: In der Sitzung der Gruppe am 11. Oktober habe Karl Hauser wieder seine Auffassung über die notwendige sofortige Gründung der SED im Westen vertreten. Innerhalb der SPD gebe es, so E. Schmidt, eine ziemlich starke Opposition, und es werde „viel Kritik an der sozialdemokratischen Politik geübt"; diese „Opposition bedürfe jedoch dringend einer Systematisierung und einer Führung. Die Gruppen der Einheitsfront müssen eine ständige Fühlungnahme mit den Opponenten und eine Führung der Opposition organisieren. Dies lehnt jedoch Genosse Karl Hauser praktisch ab. Er sagt, man könne ihm nicht zumuten, innerhalb der SPD, Stunk zu machen'. Er könne nur völlig legal arbeiten, und er faßt es als illegal auf, die Fühlungnahme zwischen den einzelnen opponierenden Sozialdemokraten und sozialdemokratischen Gruppen zu organisieren."[6]

Bis zur Jahreswende 1946/1947 orientierte sich der PV der SED in seinem Bestreben, die SED im Westen zu installieren, noch auf die Zusammenarbeit mit ganzen SPD-Organisationen. Das wurde auf dessen 6. und 8. Tagung (24./25. Oktober 1946 bzw. 22./23. Januar 1947) vertreten.[7] Doch ab September setzte der PV auf die „Differenzierung in der SPD" und auf „Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Mitgliedermassen", nunmehr begleitet von „prinzipieller Auseinandersetzung mit der Schumacher-Führung".

Als sich aber die Vorstellung der SED-Führer, die SED auf den Westen nach dem Vorbild der SBZ, also als Vereinigung ganzer KPD- und SPD-Gliederungen, auszudehnen, als nicht realisierbar erwies (wie es die westdeutschen sozialdemokratischen Einheitsfreunde vorausgesagt hatten), griff die SED-Führung im Februar 1947 zu einer anderen taktischen Variante. Die SED strebte nunmehr eine „Arbeitsgemeinschaft SED-KPD" an, zu der einheitswillige Sozialdemokraten - die „Freunde der sozialistischen Einheit" und deren SED-Gründungsausschüsse, also nicht mehr ganze SPD-Organisationen - hinzugezogen werden sollten. Dieses Konzept folgte im Grunde genommen der Position Hausers, was auf der 9. PV-Tagung der SED am 14. Februar 1947 vermerkt wurde.[8]

Hauser blieb auch im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD ein Kritiker der einheitsfeindlichen Position des PV der SPD und ein aktiver Kämpfer für die Einheit. Er wurde Mitglied des leitenden Gremiums der Arbeitsgemeinschaft. Parallel dazu engagierte er sich als Vorstandsmitglied der Internationalen Techniker-Kommission und Vorsitzender der technischen Fachgruppe des EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund) in den Gewerkschaften. Bei der im Westen unabhängig von

6 Ebenda, BY 1/260, Bl. 20f.

7 Die 7. Tagung fand am 14. November 1946 als außerordentliche und geschlossene statt. Grotewohl referierte hier über den „Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik". Siehe Dokumente der SED, Bd. I, Berlin 1952, S.114-137.

8 Siehe SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/016, Bl. 61-63.

SED und KPD wirkenden „Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Organisationen“, die ihn zu einer Konferenz am 22. März 1947 nach Offenbach einlud, entschuldigte sich Karl Hauser, weil am gleichen Tag in Braunschweig eine gewerkschaftliche Interzonenkonferenz stattfand, an der er teilnehmen wollte. Der Arbeitsgemeinschaft übermittelte er die „Grundsätze und Ziele der SED“, das Statut der SED, die Entschließung des Landesparteitags der KPD-Hessen betr. „Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands“ sowie den Aufruf der KPD-Hessen betr. „Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterklasse“. Den Brief unterzeichnete er „mit sozialistischem Gruß“ und als „Vorstandsmitglied der SED“.[9]
Auf der Zentralen Delegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD, die im Vorfeld des II. Parteitags der SED (20.-24. 9. 1947) am 19./20. September 1947 in Berlin stattfand, gehörte Hauser zu den sozialdemokratischen Sprechern für die amerikanisch besetzte Zone. Er beklagte, daß im Westen „Zehntausende(n) von Sozialisten, soweit es sich um Sozialdemokraten und Parteilose handelt, die eine sozialistische Einheitspartei anstreben,“ und der gesamten Mitgliedschaft der KPD die verfassungsmäßig garantierten Rechte beschnitten werden und man ihnen „die freie Vereinigung vorenthält“, indem die Bildung einer SED verboten werde, obwohl „die sozialistischen Einheitsfreunde nicht nur bewährte Antifaschisten, sondern auch überzeugte, staatsbejahende Demokraten sind“. Zum Vorwurf, die Einheitsfreunde seien „Zutreiber des östlichen Kommunismus“, sagte er: „Das ficht uns alles nicht an, denn würden wir das Ziel der Arbeitereinheit aufgeben und die SPD-Politik des Dr. Schumacher mitmachen, dann würden wir in der Tat mit Hand anlegen, um der deutschen Arbeiterschaft das eigene Grab zu schaufeln.“ Er berichtete u. a. über die Kämpfe um das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben. Die „Proteste und Entschließungen einzelner Industriegewerkschaften und Betriebe gegen die Verschleppung der Art. 37 und 41 der hessischen Verfassung“ (betr. wirtschaftliche Mitbestimmung und Sozialisierung von Schlüsselindustrien, einschließlich der chemischen) seien zahlreich.[10]
Auf der Konferenz wurde Hauser neben den Sozialdemokraten Paul Kohlhöfer, Franz Klupsch und Hans Venedey (die alle inzwischen aus der SPD ausgeschlossen oder aus ihr ausgetreten waren) in die Leitung der Arbeitsgemeinschaft gewählt und als deren Mitglied in den Parteivorstand der SED aufgenommen.[11] Er wurde einer der Autoren des auf der Konferenz beschlossenen monatlichen „Mitteilungsblatts der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD“. In der Nr. 3 vom Januar 1948 erschien von ihm der Beitrag „SPD und AFL“ über das Auftreten Kurt Schumachers in den USA auf dem AFL-Kongress in San Francisco im Oktober 1947. Besonders wandte er sich gegen die Äußerung Schumachers, die Aufteilung Deutschlands sei bereits eine

9 Das Schreiben Karl Hausers aus Frankfurt am Main, Gutleutstraße 8/II, in: ebenda, BY 1/490, Bl. 59.
10 Die Politik der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD. Auszüge aus Berichten und Diskussionsreden der Delegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD am 19. und 20. September 1947 im Haus der Einheit in Berlin, Berlin 1947, S.10-17.
11 Siehe SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/28, Bl. 1f.

vollendete Tatsache. Er kritisierte die „plumpe antikommunistische Hetze“, die „Angriffe und Verleumdungen auf die Kommunisten und die SED, den Weltgewerkschaftsbund und die Sowjetunion, so daß die Auftraggeber und Hintermänner“ (die Finanzgewaltigen in den USA) „zufrieden sein können“.[12]

Als einheitswilliger Sozialdemokrat engagierte sich Karl Hauser in der von der SED seit Ende November 1947 organisierten Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden. Sein Name steht auf der „Vorschlagsliste Hessen“ zum 2. Deutschen Volkskongreß (17./18. März 1948), auf dem es um die Einheit Deutschlands gehen sollte.[13] Die Einheit Deutschlands war für ihn wohl eine Herzensangelegenheit. Dafür stehen der zitierte Beitrag im „Mitteilungsblatt“ und ganz besonders sein Auftreten auf der 10. PV-Tagung der SED am 12./13. Mai 1948, auf deren Tagesordnung u. a. die Feierlichkeiten zum 100. Jahrestages der Revolution von 1848 standen. Hier polemisierte Hauser sehr nachdrücklich gegen den von Wilhelm Pieck begründeten und vom PV der SED gefaßten Beschluß, nicht an den Mitte Mai 1948 vorgesehenen Feierlichkeiten in Frankfurt am Main teilzunehmen, weil damit die Spaltungsabsichten der Westmächte unterstützt werden würden. Er sah darin „die ganze Tragik unseres Vaterlandes“ gezeichnet. Noch vor drei Monaten habe er sich am gleichen Platz „verzweifelt dagegen gewehrt, anzunehmen, daß jemals die Spaltung Deutschlands Wirklichkeit werden könnte“, habe aber nun, nach den Darlegungen Piecks, wenig Hoffnung und müsse jetzt „damit rechnen, daß wir auf Jahre hinaus in zwei Vaterländern deutsch denken und lesen müssen“. – „Neben den politischen Folgen (der staatlichen Spaltung, auf die sich die SED nach den Ausführungen Piecks einstellen müsse, - U. Pl.) dürften es vornehmlich die wirtschaftlichen, die arbeitsrechtlichen und sozialen Verhältnisse sein, die schwer auf den Arbeitern im Westen lasten, die uns niederdrücken werden“, „aber die Mächtigen im Westen wieder das Heft in die Hand bekommen...“ Es bliebe dann „nur die eine Hoffnung: die Hoffnung auf die Ostzone und Eure Solidarität“. Deshalb sollte von hier aus nichts unternommen werden, „was den Anschein erwecken könnte, als ob wir uns ins Unvermeidliche fügen“ würden. Die SED sei seit dem Vereinigungsparteitag „trotz aller Verleumdungen gewissermaßen zum Inbegriff des Kampfes um die deutsche Einheit geworden“, sie sollte es bleiben und durch ihre Teilnahme in Frankfurt a. M. dokumentieren. Im Zusammenhang mit den Wahlergebnissen bei Kommunalwahlen in der amerikanischen Zone ging Hauser auf das Wirken der KPD im Westen ein und mahnte, ihr Ton, ihre

---

12 Dokument in: Plener, Die SED-Führung, Kapitel II, Exkurs über Karl Hauser.

13 Siehe SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/11/114, Bl. 167: „Hauser Karl, Kronberg/Taunus, Ing., SED“. An anderer Stelle findet sich sein Name auf der Vorschlagsliste für den „Ausschuß für Justiz, amerikanische Zone“(ebenda, Bl. 209). Als Parteizugehörigkeit (die auf den Namenslisten für die westlichen Länder zwischen SPD, KPD, SPD-SED, SED variiert) ist bei Hauser SED angegeben. Von wem die Vorschlagslisten stammen, ist aus der Akte, die zum Bestand „SED/ZK/Kaderabteilung“ gehört, nicht ersichtlich; nach Bl. 101 könnte es der Ständige Berliner Ausschuß für Einheit und gerechten Frieden sein.

„Uniformierung nach außen“ müßten anders werden, und: Der „politische Zickzackkurs in den letzten anderthalb Jahren (sei) ein bißchen zu scharf ausgeprägt“ gewesen. Auf den Zwischenruf von Franz Dahlem: „Was ist das?“ - antwortete er selbstbewußt: „Ich will gar nicht auf die Vergangenheit zurückgreifen, Genosse Dahlem, sonst wirst Du wieder sagen, ich vertrete hartnäckig einen falschen Standpunkt, und ich würde den Nachweis erbringen, wer den richtigen Standpunkt behalten hat... Dieser Beweis würde zu Deinen Ungunsten ausfallen.“ Als aktiver Teilnehmer an der europäischen Gewerkschaftsarbeit äußerte sich Hauser auf der Tagung kritisch zu sektiererischen bzw. dogmatischen Positionen der IG Metall im FDGB, die in einem Telegramm an das internationale Gewerkschaftssekretariat in Bern dieses als „Agentur des Dollar-Imperialismus“ u. ä. beschimpfte. Hauser forderte: „Unser Kampf, auch gegen unsere Gegner, muß sachlich und in anständigen Formen geführt werden.“[14]

Hausers Diskussionsbeträge auf den PV-Tagungen der SED wiesen ihn als einen - im Unterschied zu seinen kommunistischen Partnern - eher nüchternen Beobachter aus. Offensichtlich war es sein Bestreben, alles für die Erhaltung der Einheit Deutschlands zu tun. Das mag ihn veranlaßt haben, sich auch für die Idee - von der SED direkt auf Empfehlung Stalins im April 1948 initiiert[15] - der Sozialistischen Volkspartei Deutschlands (SVD) auf der Basis der KPD der Westzonen zu engagieren. Vermutlich folgte er da der ihm einleuchtenden Argumentation, die Einheit der Arbeiterbewegung werde die Einheit Deutschlands garantieren.

Neben Paul Kohlhöfer wurde er als Sozialdemokrat zur zentralen Figur in dem kurzen Zwischenspiel SVD, wie die KPD nun heißen sollte, unter Einschluß der aus der SPD stammenden „Freunde der sozialistischen Einheit“ als Einheitspartei in den Westzonen. Einen entsprechenden Beschluß hatte die erste seit 1945 gesamtwestdeutsche Konferenz der KPD am 27. April 1948 in Herne gefaßt. Allerdings erwartete Karl Hauser von der KPD, der beizutreten er bereit war, daß sie sich grundlegend demokratisiere. Er war auch nicht der Meinung, daß in dieser Partei, wie es im Herner Beschluß hieß, „jetzt Platz für alle (sei), die guten Willens sind, unbeschadet ihrer sozialen Herkunft, gleich, welcher Weltanschauung und Religion“. „Nein“, so Hauser auf der 10. Tagung des PV der SED im Mai 1948, „ich bin der Auffassung, nicht jede Weltanschauung hat bei uns Platz; es kommt darauf an, was man darunter versteht. Ich verstehe darunter immer etwas, was gegenüber unserer Weltanschauung des Sozialismus konträr ist. Ich kann doch keinen ausgeprägten Liberalisten oder sonst irgendeinen kapitalistisch eingestellten Mann in unseren Reihen brauchen. Hier müßte man nach meiner Auffassung etwas

14 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/46, Bl. 112-120. Siehe auch Wilhelm Pieck im Schlußwort zu diesen Ausführungen Karl Hausers, dokumentiert in: Plener, Die SED-Führung, Dokument 16.

15 Dazu ausführlich in: Plener, Die SED-Führung, Kapitel 2. Siehe auch dies.: Zur Geschichte des Umgangs der SED-Führung mit der SPD-West: Das Stricken an deren „linker Opposition“, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, II/2004, S.29f.

konsequenter sein, damit nicht nach außen hin der Eindruck erweckt wird, als ob wir nicht wüßten, was wir wollen: heute so und morgen so!“[16]

Am 18. Juni 1948 sprach Karl Hauser über den Anschluß an die SVD auf der Delegiertenkonferenz der sozialistischen Einheitsfreunde Hessens in Frankfurt am Main. Dem Protokoll der Konferenz ist zu entnehmen: Anwesend waren 19 Delegierte. Karl Hauser eröffnete die Sitzung und referierte. Wörtlich heißt es im Protokoll:

„Hauser ging von dem letzten Parteitag der SPD in Berlin am 20.4.46 und vom Vereinigungsparteitag der SPD/KPD am 21.4.46 aus, auf denen die Gen. Hauser und Obst namens der hessischen Einheitsfreunde ein Bekenntnis zur Einheit der deutschen Arbeiterschaft und treuen Mitarbeit ablegten. Er erwähnte kurz die Gründe, die zur Austrittsbewegung aus der SPD im Frühjahr 1947 führten[17]. Dieser Schritt sei eine Notwendigkeit und ein erforderlicher Akt der persönlichen Anständigkeit gewesen. Der damit verbundene Aufruf habe vornehmlich in den Gewerkschaften Zustimmung gefunden; trotzdem hätten sich viele oppositionelle SPD-Genossen gescheut, die gleichen Konsequenzen zu ziehen. Es war ein Mangel, daß die damals entfachte Diskussion nicht durch eine forcierte Publikation und Versammlungen weiter getrieben werden konnte. Selbst die auf der Landeskonferenz der KPD abgegebene Erklärung am 19.4.47 sei nicht veröffentlicht worden. Die vielfach kritisierten Schwankungen und Änderungen in den taktischen Auffassungen hätten sich aus der allgemeinen politischen Lage ergeben.

Auf die vom Landesvorstand der KPD unterm 5. Mai 47 herausgegebenen ‚Richtlinien für die Vorbereitung der Schaffung der SED‘ hinweisend, stellte er fest, daß sich in Hessen rund 5.000 Personen in die Bereitschaftserklärungslisten eintrugen. Das Verbot der SED-Gründungsausschüsse durch die Militär-Regierung habe die Bewegung neutralisiert, so daß nur im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD gearbeitet werden konnte. Nach der am (27).4.48 in Herne beschlossenen Umbenennung der KPD in SVD habe der KPD-Vorstand die Absicht gehabt, die westlichen Einheitsfreunde durch einen Aufruf zum Eintritt in die Partei zu veranlassen. An dieser Absicht habe man auch festgehalten, nachdem die Namensänderung verboten wurde. Man hätte in den einzelnen Bezirken getrennt vorgehen wollen. Nun habe man sich mit dem Parteivorstand dahingehend geeinigt, daß zwar bezirkliche Konferenzen der Einheitsfreunde zur Vorbereitung zusammentreten, daß aber erst auf einer gesamt-westdeutschen Tagung der Einheitsfreunde am 25.7.48 in Herne über den Zusammenschluß mit der KPD entschieden werden soll. Die hessische Tagung am 17.6.48 habe zu Meinungsverschiedenheiten geführt, die in Berlin geklärt worden seien. Die

16 Siehe Plener, Die SED-Führung, Dokument 15.

17 Zur Austrittsbewegung aus der SPD im Frühjahr 1947 siehe u. a. Ulla Plener: Die Bestrebungen in der SPD für die Verständigung der deutschen Arbeiterparteien 1947/1948, in: Für die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse 1945-1964, Berlin 1965.

Stellungnahmen der einzelnen Diskussionsredner am 17.6. seien in Berlin sachlich gewürdigt worden, und Gen. Grotewohl habe erkannt, daß es sich dabei um keine politischen Gegensätze, sondern um taktische Bedenken handele.
Von den Bestrebungen gewisser Gruppen zur Gründung einer dritten Arbeiterpartei habe sich Hauser im Namen der hessischen Einheitsfreunde distanziert; dagegen habe er eine innere und äußere Umgestaltung der KPD in allen Instanzen gefordert. Die hessischen Einheitsfreunde hätten als oberstes Ziel die Einheit im Auge und würden die Grundsätze der SED vorbehaltlos anerkennen. In überzeugender Weise hätten die Gen. Pieck und Grotewohl den Nachweis erbracht, daß die politischen Erfordernisse gegenüber allen taktischen Erwägungen den Vorrang hätten.
Hauser schilderte dann die Entwicklung der letzten zwei Jahre und kritisierte die verhängnisvolle Rolle der SPD in der westdeutschen Politik, wodurch die Spaltung Deutschlands herbeigeführt worden sei. Auf die in ‚Neues Deutschland' veröffentlichte Schlußrede des Gen. Grotewohl auf der letzten SED-Vorstandssitzung eingehend, forderte Hauser eine klare Stellungnahme. Zugleich wandte er sich gegen die Kommunistenhetze. Nur im organisatorischen Rahmen der SVD und unter Rückendeckung der SED und der internationalen Freunde könnten die erstrebten Ziele erreicht werden."[18]
Laut Protokoll stimmten alle acht Diskussionsredner aus Darmstadt, Willingen, Oberursel und Frankfurt am Main Hauser zu (die aus finanziellen Gründen nicht anwesenden Kasseler Einheitsfreunde hatten der Konferenz eine zustimmende schriftliche Stellungnahme zum Anschluß an die SVD zugesandt). Für alle Redner war die innere Umgestaltung und Demokratisierung der kommunistischen Partei besonders wichtig. Damit habe Hauser einen „gangbaren Weg" gezeigt. Weiter heißt es im Protokoll: „Hauser erwähnte in seinem Schlußwort Beratungsergebnisse der Einheitsfreunde aus den Bezirken Rheinland-Westfalen und Niedersachsen, die sich ebenfalls für den Zusammenschluß mit der SVD (KPD) entschieden hätten."
Die der Tagung vorgelegte Entschließung über den Zusammenschluß in der SVD wurde einstimmig angenommen. Als Delegierte wurden gewählt: Lichtinger, Kohlhöfer, Hauser, Zirkelbach, Köhler, Kern, Densch, Schneider, Stückrath und Tilly Schäfer.
Vermutlich war es dieses Engagement Karl Hausers, das die Mitglieder des ZS veranlaßt hatte, ihm das Hauptreferat auf der Konferenz der Einheitsfreunde am 25. Juli 1948 in Herne zu übertragen. Ganz sicher war man sich aber wohl doch nicht, ob er die vorgegebene „Linie" vertreten werde: Im ZS mußte er förmlich erklären, „daß er sich auf der Konferenz in Herne am 25.7.48 vorbehaltlos(!) für den Übertritt der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD in die SVD einsetzen" werde.[19]

---

18 SAPMO-BArch, BY 1/247, Bl. 68f. Nach anderer Quelle fand die Konferenz am 18. Juli mit 29 Delegierten statt.
19 Siehe Anlage zum Protokoll Nr. 92 vom 2.7.48 des ZS, in: SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2.1/214, Bl.3, und ebenda, IV 2/2.1/219, Bl. 2.

Über die Konferenz und Hausers Referat berichtete „Neues Deutschland“, die „Delegierten der ‚Freunde der sozialistischen Einheit‘ aus allen drei Zonen Westdeutschlands“ hätten insgesamt „etwa 50.000 Sozialisten aus den Reihen der SPD, CDU und Parteilose“ vertreten und „den historischen Beschluß“, „sich mit der Sozialistischen Volkspartei, der KPD, zu verschmelzen“, gegen zwei Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Der Beschluß habe sich „auf entsprechende Entschließungen der Landesdelegiertenkonferenzen der ‚Freunde der sozialistischen Einheit‘“ gestützt. In den Hauptvorstand der KPD seien sieben Vertreter, u.a. Karl Hauser und Paul Kohlhöfer, gewählt worden.

In der Entschließung der Konferenz, die eine Zusammenfassung des Referats von Karl Hauser zum Thema „Der Weg der sozialistischen Einheitsfreunde“ darstellt, sei, so der Bericht im „Neuen Deutschland“ weiter, auf das Prager Manifest des sozialdemokratischen Parteivorstandes vom 28. Januar 1934 verwiesen worden, in dem hervorgehoben worden war, daß „die Einigung der Arbeiterklasse zum von der Geschichte auferlegten Zwang“ werde. Ferner sei auf die Brüsseler Konferenz der KPD vom Oktober 1935 verwiesen worden, „auf der nach einer selbstkritischen Stellungnahme und einer grundlegenden Analyse der veränderten Verhältnisse die Einheit der sozialistischen Bewegung gefordert wurde“. In der Ostzone sei 1946 „auf Grund dieser bindenden Verpflichtungen der Zusammenschluß der sozialistischen Parteien vollzogen“ worden. Die Herner Entschließung habe darauf hingewiesen, daß „der SPD-Vorstand im Westen Deutschlands die Vorschläge der KPD zur Einheit abgelehnt und sabotiert hat“. Wörtlich hieß es in der Entschließung:

„Alle wirklichen Sozialdemokraten, alle Einheitsfreunde fühlen sich deshalb nicht mehr durch die Parteidisziplin gebunden und sind entschlossen, die Prager und Brüsseler Beschlüsse gegen den Willen des gegenwärtigen Parteivorstandes durchzuführen. Sie sehen in der KPD, der Sozialistischen Volkspartei, die mutige Vorkämpferin der Einheitsbewegung und haben deshalb am 25. Juli 1948 in Herne als die gewählten Vertreter der sozialdemokratischen Einheitsfreunde aller Zonen Deutschlands den Beschluß gefaßt, sich mit der KPD zu vereinigen. Die innere Umgestaltung der Kommunistischen Partei verbürgt das absolute demokratische Mitbestimmungsrecht in allen Instanzen, von den Orts- und Betriebsgruppen bis zum Parteivorstand. Die Konferenz fordert alle fortschrittlichen Demokraten und Sozialisten, Frauen, Männer und Jugendliche innerhalb und außerhalb der politischen Parteien auf, den Herner Beschluß durchzuführen und einzutreten für eine klare und eindeutige demokratische Politik. Vereint müssen die Sozialisten im Westen und Osten Deutschlands kämpfen für eine geeinte und unabhängige demokratische Republik, für eine demokratisch gewählte Volksvertretung, eine gesamtdeutsche Regierung, für den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages, für die schnellste Beendigung der militärischen Besetzung aller Zonen Deutschlands, für den Auf- und Ausbau einer demokratischen Friedenswirtschaft.“[20]

20 Neues Deutschland, 28. 7. 1948.

Am 29. Juli 1948 nahm das ZS eine Information von Karl Hauser über die Konferenz und den „Anschluß der Freunde der sozialistischen Einheit an die SVD“ entgegen. Auf der 12. Tagung des PV der SED (28./29. Juli 1948) berichtete Paul Kohlhöfer als „Beauftragter der Einheitsfreunde“ über die Konferenz. Das Referat von Karl Hauser und die Aussprache seien vom gleichen Geist wie Grotewohls Ausführungen auf der PV-Tagung getragen gewesen; es habe sich „die vollkommen neue Einstellung zu den Problemen einer sozialistischen Partei“ gezeigt, und die Teilnehmer würden sich nicht mehr als Sozialdemokraten fühlen. Diejenigen, die in Herne den Schritt zur SVD mitgegangen seien, „waren die besten aus der Sozialdemokratie, die den Anfang gemacht haben mit der Vereinigung der Arbeiterschaft“. Weitere Sozialdemokraten würden dem Beispiel folgen, denn die SPD befände sich in einer schweren Krise. Den Beschluß von Herne nannte Kohlhöfer einen von historischer Bedeutung, weil damit in den Westzonen „die Einheit der Arbeiterbewegung de facto hergestellt worden“ sei.[21]

Die Bezeichnung SVD tauchte noch im Kurzprotokoll der ZS-Sitzung vom 14. September im „Bericht über die Sitzung des PV der SVD (Walter Fisch)“ auf und dann ein letztes Mal im Bericht des ZS an die 13. Tagung des PV der SED (15./16. September 1948), erstattet von Helmut Lehmann.[22] Damit war das Zwischenspiel SVD beendet und die Idee einer westdeutschen, nach dem Bilde der SED und mit dieser verbundenen Einheitspartei aufgegeben worden.

Für die sozialdemokratischen Akteure der Einheit, jedenfalls für Karl Hauser, wurden die Vorgänge in der SED und in der KPD, seit Mai 1948 zu einem tiefen Einschnitt, der schließlich zum Bruch mit der von der SED ausgehenden Einheitsbewegung führte.

Mit der 10. und den folgenden Tagungen des PV wurde seit Mai 1948 die schon auf dem II. Parteitag (September 1947) sichtbar gewordene Stalinisierung der SED beschleunigt betrieben.[23] Ins Kreuzfeuer der Kritik und in die „Parteisäuberungen“ gerieten auch die ehemaligen Sozialdemokraten in der SED.[24]

---

21 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/50, Bl. 219-222.

22 Siehe ebenda, IV 2/2.1/231 sowie IV 2/1/052, Bl. 7.

23 Siehe dazu die Dokumentation von Thomas Friedrich u. a. (Hrsg.): Entscheidungen der SED 1948. Aus den stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED, Berlin 1995. Für die Vorgänge in der SED: Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder: Repression und Opposition in der SED (1949-1989), Teil I, Frankfurt/Oder 1996; Volker Sieger: Die Entwicklung der SED zur „Partei neuen Typus“, in: BzG 1995,H.4, S.87-97; Andreas Malycha: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946-1953, Paderborn u. a. 2000. Für die KPD: Herbert Mayer: Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern...? Zu den Parteisäuberungen in der KPD (1948-1952) und der Mitwirkung der SED, Berlin 1995.

24 Siehe dazu u. a. Friedrich u. a., Entscheidungen, S.27, 202, 371. Auf der 11. Tagung sprach Grotewohl vom „Krankheitskeim“ in der SED, getragen von Anhängern der Schumacher-Politik, die „ideologisch bis zur Vernichtung zu schlagen“ seien (ebenda, S.148). Siehe dazu Exkurs in Plener, Die SED-Führung, Kapitel II.2.

Karl Hauser hatte an der 10., 11., 12. und 13. PV-Tagungen der SED teilgenommen. Überliefert ist seine Reaktion auf die Ausführungen Grotewohls auf der 11. Tagung. Fritz Schreiber, ehemaliger Sekretär des ZA der SPD, dann paritätisch mit Richard Gyptner Leiter des Büros des ZS, berichtete 1949: „Auf dieser Tagung des Parteivorstandes sprach Grotewohl erstmals in Formulierungen derart probolschewistischen Charakters, daß man den eisigen Hauch, der durch den Tagungsraum ging, fast fühlte. Ich erinnere mich heute noch der geradezu fassungslosen Gesichter von Otto Meier, Karl Hauser und einiger andere(r).“[25]

An den Beratungen des PV der SED nahm Hauser letztmalig auf der 13. Tagung im September 1948 teil, auf der die Thesen über „Die Novemberrevolution und ihre Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung“, der Beschluß über „Die theoretische und praktische Bedeutung der Entschließung des Informationsbüros über die Lage in der KP Jugoslawiens und die Lehren für die SED“ und die „Ausführungsbestimmungen zum Beschluß der Parteivorstandes über die Schaffung der Partei-Kontrollkommission“ angenommen wurden[26]. Zur Debatte stand hier auch der „Fall Böttge“, eines aus der SPD kommenden SED-Funktionärs, der mit dessen Ausschluß aus der SED endete.

Auf der Tagung der Einheitsfreunde am 25. Juli 1948 in Herne in den Parteivorstand der KPD/SVD gewählt, nahm Karl Hauser bis November 1948 auch an den Tagungen des PV der KPD teil. Die Protokolle dieser Tagungen weisen ihn als anwesend auf der 3. PV-Tagung am 10./11. August, auf der Sondersitzung des PV am 11. September, auf der 6. PV-Sitzung am 6./7. Oktober sowie auf der 7. PV-Tagung am 11./12. November 1948 aus.[27] Inhaltlich ging es auf diesen Tagungen besonders um die Stellungnahme zur Entschließung des Kominformbüros über die KP Jugoslawiens, um die Erklärung des PV der KPD zur politischen Lage in den Westzonen und das damit verbundene strategische Konzept der Partei[28], um innerparteiliche Debatten sowie um die Stellung zur SPD. Als Diskussionsredner trat Hauser - ganz anders als zuvor - nicht mehr in Erscheinung.

Unter dem Eindruck der Vorgänge und Diskussionen in der SED und in der KPD seit Sommer 1948 wird sich Karl Hauser im Herbst 1948 geistig und politisch von der SED und der KPD endgültig gelöst haben. Bald darauf folgte das Ende seines Engagements in beiden Parteien. Am 1. Dezember 1948 beschloß das Sekretariat des PV der KPD laut Kurzprotokoll seiner Sitzung: „7. Mit Karl Hauser erfolgt in den

---

25 Zit. nach Frank Moraw: Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie, Bonn 1990, S.226. Schreiber zog sich im Juni 1948 aus dem ZS zurück und ging im Herbst d. J. in den Westen.

26 Siehe Dokumente der SED, Bd. II, Berlin 1950, S.91-116.

27 Siehe SAPMO-BArch, BY 1/425 und 426. In der Anwesenheitsliste der 4. Tagung (25./26. August 1948) ist sein Name mit Bleistift gestrichen.

28 Die „Erklärung“ wurde laut Impressum „als Manuskript für die Mitglieder der KPD gedruckt. Herausgegeben vom Parteivorstand der KPD, Dortmund, 25.9.1948“ (siehe SAPMO-BArch, BY 1/426, Bl. 15). Später abgedruckt in: KPD 1945-1968. Dokumente, Bd. 1: 1945-1952, hrsg. und eingeleitet von Günter Judick, Josef Schleifstein und Kurt Steinhaus, Neuss 1989, S.209-252.

nächsten Tagen eine Aussprache. Diese wird durch den Genossen Reimann durchgeführt."[29] Der Inhalt der Aussprache ist nicht dokumentiert. Es wird vermutlich hoch hergegangen sein. Die hier zitierte Akte enthält lediglich folgendes Schriftstück in DIN A 5 Format:

„Sekretariat
Herrn Karl Hauser, Kronberg/Taunus, Dettweilerstr. 16
Einschreiben
3.12.48

Anliegend ein Beschluß des Sekretariats des Parteivorstandes zur Kenntnisnahme.
Bezugnehmend auf die Aussprache zwischen Ihnen und Herrn Reimann am 2. 12. 48 weisen wir darauf hin, daß Sie sofort die von Ihnen benutzten Räume Gutleutstr. 8-12 zu räumen haben.
Parteivorstand der KPD/Sekretariat, i. A."[30]

Die Unterschrift fehlt, ebenso der „anliegende" Beschluß. Dabei wird es sich um den Ausschluß des (nunmehr als „Herr" und mit „Sie" angeredeten) Karl Hauser aus der KPD gehandelt haben.

In der SED gab es auf den Vorgang ein kommentarloses Echo: Das Kurzprotokoll der ZS-Sitzung vom 11. Dezember 1948 enthält: „8. Behandelt: Ausschluß von Karl Hauser, Frankfurt a. M., aus der KPD. Einführung Pieck. Beschlossen: Der Beschluß des PV der KPD, Karl Hauser aus der KPD auszuschließen, wird gebilligt. Die ZPKK wird ersucht, einen Beschluß für die nächste Tagung des PV in dieser Angelegenheit vorzubereiten."[31] Ein solcher Beschluß der ZPKK konnte in den durchgesehenen Beständen der SED und der KPD nicht ausfindig gemacht werden.

Am 3. Januar 1949 fand die 9. Tagung des PV der KPD statt. Behandelt wurde die offizielle Auflösung der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD. Das Protokoll enthält die Passage: „Der Beschluß des Sekretariats auf Ausschluß des Karl Hauser wird bestätigt. Die Genossen Oskar Müller (Vorsitz), Albert Buchmann und Kern werden als Kommission die Unterlagen in Sache Hauser überprüfen und dem Parteivorstand einen abschließenden Bericht erstatten. Das Sekretariat des PV erhält zur Veröffentlichung des Beschlußes alle Vollmachten."[32] Ein solcher Bericht ist in den Akten nicht enthalten.

Den Schlußpunkt setzte bei der SED der „Beschluß des Parteivorstandes vom 24. Januar und der 1. Parteikonferenz vom 25.- 28. Januar 1949", in dem es unter anderem um die „Trennung der KPD von der SED" ging. Der Beschluß enthält den Satz: „Der Parteivorstand nimmt zur Kenntnis, daß das Mitglied des Parteivor-

29 SAPMO-BArch, BY 1/489 (KPD-Westzonen. Kurzprotokolle der Sekretariatssitzungen Juni-Dezember 1948), Bl. 46.
30 Ebenda, Bl. 50.
31 Ebenda, IV 2/2.1/256, Bl. 2. Hauser war nicht vom PV, sondern vom Sekretariat des PV der KPD ausgeschlossen worden. ZPKK - Zentrale Partei-Kontrollkommision.
32 SAPMO-BArch, I 11/301/3. Weder das Material der Kommission, noch eine Veröffentlichung zum „Fall Hauser" konnten bisher ermittelt werden.

standes Karl Hauser vom Parteivorstand der KPD wegen parteischädigenden Verhaltens aus der KPD ausgeschlossen wurde."[33] Frank Moraw gibt (quellenmäßig nicht belegt) an, Hauser sei der „Zusammenarbeit mit Gniffke verdächtigt" worden.[34]

Danach verliert sich die Spur Karl Hausers in der archivalischen Hinterlassenschaft von SED und KPD. Der Auskunft des Stadtarchivs Kronberg/Taunus zufolge gehörte er von Oktober 1956 bis November 1961 für die SPD der Stadtverordnetenversammlung an, war dort Vorsitzender des Ältesten-Ausschusses und zuletzt Vorsitzender der SPD-Fraktion. Er starb vermutlich am 1. April 1971 in Kronberg/Taunus.[35]

33 Dokumente der SED, Bd. II, S.202.

34 Siehe Moraw, Die Parole, S.226, Anmerkung 42.

35 Für diese Auskünfte danke ich Andreas Herbst, Berlin.